

*Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:*

*Die Juso Landesmitgliederversammlung möge beschließen:*

*Die Jahreshauptversammlung der Jusos Bremen-Stadt möge beschließen:*

## Antisemitische Vorfälle an Schulen konsequent erfassen

Antisemitismus ist an Schulen leider keine seltene Ausnahme, immer wieder kommt es zu Vorfällen. Diese gehen sowohl von Schüler:innen als auch von Lehrkräften aus: Sei es nun Beschimpfungen auf dem Schulhof oder problematische Äußerungen im Unterricht. Häufig treffen solche Vorfälle auf ein mangelndes Problembewusstsein an den Schulen – das Problem wird teilweise nicht erkannt oder Verantwortung wird abgewiesen.

Dies ist besonders verhängnisvoll, da die Schule neben der Familie weiterhin eine zentrale Sozialisierungsinstanz von jungen Menschen ist. Gerade deshalb muss Antisemitismus, egal in welcher Form er auch auftritt, an Schulen konsequent begegnet werden. Antisemitische Vorfälle werden jedoch gegenwärtig nur unzureichend erfasst, nur in Berlin gibt es ein Meldesystem. Dabei ist ein fundiertes Wissen über das Problem jedoch notwendig, um tragfähige Handlungsoptionen zu entwickeln.

### **Deshalb fordern wir:**

- Das Land Bremen soll mit allen relevanten jüdischen und nichtjüdischen Akteur:innen ein Meldesystem für Antisemitismus insbesondere an Schulen entwickeln. Als Orientierung und Vorbild kann hier die "Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin" dienen.
- Eine stärkere Sensibilisierung und verpflichtende Veranstaltungen zur Weiterbildung. Alle Lehrkräfte müssen über Erscheinungsformen von Antisemitismus und Handlungsoptionen zum Umgang und zur Prävention geschult sein.